

4. Jg. 1916.

Einschränkung des Tabak-, Bier- und Kaffeegenusses.

Der Kampf, den unsere Gegner gegen unsere Volkswirtschaft führen, macht jedermann zum Mittämpfer. Wir wissen alle, daß wir große volkswirtschaftliche Kriegsaufgaben zu erfüllen haben, und daß von ihrer Durchführung wesentlich mit die glückliche und baldige Beendigung des Krieges abhängt.

Aber trotz dieser Erkenntnis ist uns die privatwirtschaftliche Auffassung, die die Lebenshaltung von der geldlichen Leistungsfähigkeit abhängig macht, derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir immer wieder in ihre Bahnen zurückfallen und die Erfüllung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben allein erfolgt durch eine mehr oder minder gefügte Unterordnung unter gesetzliche Zwangsmahnahmen.

So wird denn Vorschrift auf Vorschrift notwendig. Obwohl, um die Getreieernte zu schonen und besonders für die Viehernährung zu erhalten, die Kontingente der Brauereien bereits auf 60 Prozent herabgesetzt worden sind, hat diese Vorschrift nicht den Erfolg gehabt, den sie hätte haben müssen; der Bierkonsum ging nicht zurück. Infolgedessen bezogen die Brauereien Malz aus dem Auslande zu ungünstigen Preisen und mußten daher durch neuzeitliche Verfügungen zu stärkerer Einschränkung gezwungen werden. Die neuen Vorschriften, die vom Bundesrat am 31. Januar erlassen worden sind, sind daher auch einschneidend der Natur. Sie kürzen das Kontingent um 20 bis 25 Prozent und bestimmen, daß die hierüber hinaus vorhandene Getreide oder das beschaffte oder erworbene Malz abgetischt wird.

Genau genommen sind aber diese Bestimmungen nur notwendig geworden, weil unsere Verbraucher nicht auf den althergebrachten und gewohnheitsmäßigen Biergenuss verzichten wollen und an dieser privatwirtschaftlichen Auffassung gegenüber allen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten festhielten. Selbstbeschränkung aus Pflichtbewußtsein könnte aber hier mehr tun, als alle Vorschriften vermögen. Da es nun einmal notwendig ist, unsere Viehbestände zu erhalten, so muß eben auf den Biergenuss in früherem Umfange verzichtet werden.

Fast völlig gleich ist die Lage im Tabakhandel. Die Vorräte, die noch aus der Zeit vor dem Kriege stammen, sind erschöpft. Infolgedessen importiert der Handel bereits Tabak in großen Mengen aus dem neutralen Ausland, besonders aus Holland. Diese Importe zu Genusszwecken schädigen aber den Stand unserer Währung, die bereits stark unter dem Druck von Zahlungsverpflichtungen an das Ausland stehen. Wäre es nicht demgegenüber angezeigt, allseitig und einheitlich den Verkauf von Tabak einzuschränken und unbefristet den Genuss nur unseren Feldgrauen zu überlassen, für die der Tabakgenuss eine notwendige Anregung bleibt? Oder sollen auch hier wieder erste Verbote und Vorschriften einführen, die den Tabakimport unterbinden oder das Rauchen auf der Strafe oder in den Eisenbahnen verbieten?

Das gleiche gilt vom Kaffeegenuss. Auch Kaffee ist kein Nahrungsmittel, und da auch die Kaffeebestände während des Krieges

stark zusammengezschmolzen sind, fehlt auch hier schon ein nicht unbedeutender Import ein. Auch hier wäre mit Leichtigkeit ein erheblicher Minderverbrauch durch freiwillige Einschränkung durchzusetzen.

Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß das Aufgeben liebgewordener Gewohnheiten und Bequemlichkeiten schwer ist. Aber die Verpflichtung, dem Vaterlande zu helfen, und der Hinweis auf die Großtaten unserer Feldgrauen müssen uns dieses Opfer leicht machen. Deutschland hat der Welt seine militärische Leistungsfähigkeit gezeigt; es wird und muß ihr auch beweisen, daß die Disziplin in der gesamten Bevölkerung stark genug ist, auch Opfer an liebgewordenen Gewohnheiten da zu bringen, wo sie nötig sind.